Information gemäß Art. 13 und 14 der Datenschutz-Grundverordnung für die Erteilung gewerblicher Erlaubnisse

Vorbemerkung

Wer in Deutschland ein Gewerbe, Gaststätte, Glückspielstätte oder -geräte, Floh- und Trödelmarkt, Spielhallen oder Bewachungsgewerbe betreiben oder als Finanzanlagenvermittler tätig sein möchte, muss dies anmelden und benötigt auch eine Genehmigung.

Die unterschiedlichen Genehmigungen stellt das Gewerbeamt nach Prüfung der Sachlage und entsprechender persönlicher Voraussetzungen aus.

1. Verantwortlicher für die Datenverarbeitung:

Verbandsgemeinde Vordereifel
Kelberger Straße 26
56727 Mayen
Tel.: 02651/8009-0
E-Mail: verbandsgemeinde@vordereifel.de

2. Beauftragte oder Beauftragter für den Datenschutz:

Datenschutzbeauftragter der Verbandsgemeinde Vordereifel
Yannick Faßhauer
Kelberger Straße 26
56727 Mayen
Tel.: 02651/8009-47
E-Mail: datenschutz@vordereifel.de

3. Zwecke und Rechtsgrundlage der Verarbeitung personenbezogener Daten

Ihre Daten werden dafür erhoben, um den von Ihnen gestellten Antrag für ein Gewerbe, Gaststättenerlaubnis, Betrieb von Spielhallen, Floh- und Trödelmarkt, Finanzanlagenvermittler, Bewachungsgewerbe bearbeiten zu können.

Wir verarbeiten insbesondere folgende personenbezogene Daten:

Name, Geburtsdatum, Geburtsort, Staatsangehörigkeiten, Geburtsland, Geschlecht, Anschrift, Telefonnummer, E-Mail, Aufenthaltsgenehmigung, Handwerkskarte, Erlaubnis, Funktion im Sinne des Gewerbes (Betriebsinhaber, Gesellschafter, gesetzlicher Vertreter ...), Angaben zum Betrieb, Eingetragener Name oder Betriebsbezeichnung, Registergericht und Ort, Register Nr., Datum der Eintragung, Zahl der geschäftsführenden Gesellschafter / Zahl der gesetzlichen Vertreter, Betriebsart, Niederlassungsart, Rechtsform, Vertretungsberechtigte Person, Anschrift der Betriebsstätte, Anschrift der Hauptniederlassung, Frühere / künftige Betriebsstätte, Früherer Inhaber, Tätigkeiten, Erlaubnisbedürftige Tätigkeit, Anzahl der beschäftigten Personen (Teilzeit/Vollzeit), Handwerkskarte/Erlaubnis, Gründe der Meldung, Verdachtsmomente auf Scheinselbstständigkeit / Schwarzarbeit.

Ihre Daten werden auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 Satz 1 e), Abs. 3 Satz 1 b) DSGVO, § 3 LDSG RLP i.V.m. der jeweiligen §§ 29-40 Gewerbeordnung, Gaststättengesetz, erhoben.

4. Kategorien von Empfängern von personenbezogenen Daten

Ihre personenbezogenen Daten werden je nach Antrag an eine oder mehrere der nachfolgenden Stellen weitergeleitet:

- Intern
 - Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der verantwortlichen Stelle, insbesondere der Fachbereich
- Extern
 - Statistisches Landesamt
 - Kreisverwaltung
 - Industrie- und Handelskammern
 - Landesamt für Immissionsschutz
 - Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung
 - Zollverwaltung
 - Eichamt
 - Steueramt/Finanzamt
 - Registergerichte
 - Bundesagentur für Arbeit
 - Bundeszentralregister, Gewerbezentralregister

Eine Datenübertragung in Drittstaaten findet nicht statt.

5. Dauer der Speicherung

Ihre Daten werden nach der Erhebung so lange gespeichert, wie dies unter Beachtung der gesetzlichen Bestimmungen erforderlich ist. Gewerbedaten werden dauernd datenschutzgerecht aufbewahrt.

6. Betroffenenrechte

Jede von einer Datenverarbeitung betroffene Person hat nach der Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) insbesondere folgende Rechte:

a) Auskunftsrecht über die zu ihrer Person gespeicherten Daten und deren Verarbeitung (Artikel 15 DS-GVO).

b) Recht auf Datenberichtigung, sofern ihre Daten unrichtig oder unvollständig sein sollten (Artikel 16 DS-GVO).

c) Recht auf Löschung der zu ihrer Person gespeicherten Daten, sofern eine der Voraussetzungen von Artikel 17 DS-GVO zutrifft. Das Recht zur Löschung personenbezogener Daten besteht ergänzend zu den in Artikel 17 Absatz 3 DS-GVO genannten Ausnahmen nicht, wenn eine Löschung wegen der besonderen Art der Speicherung nicht oder nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand möglich ist. In diesen Fällen tritt an die Stelle einer Löschung die Einschränkung der Verarbeitung gemäß Artikel 18 DS-GVO.

d) Recht auf Einschränkung der Verarbeitung, insbesondere soweit die Richtigkeit der Daten bestritten wird, für die Dauer der Überprüfung der Richtigkeit, wenn die Daten unrechtmäßig verarbeitet werden, die betroffene Person aber statt der Löschung die Einschränkung der Verarbeitung verlangt, wenn die betroffene Person die Daten zur Geltendmachung oder Ausübung von Rechtsansprüchen oder zur Verteidigung gegen solche benötigt werden und deshalb nicht gelöscht werden können, oder wenn bei einem Widerspruch nach Art. 21 DS-GVO noch nicht feststeht, ob die berechtigten Interessen des Verantwortlichen gegenüber denen der betroffenen Person überwiegt.

e) Widerspruchsrecht gegen bestimmte Datenverarbeitungen, sofern an der Verarbeitung kein zwingendes öffentliches Interesse besteht, das die Interessen der betroffenen Person überwiegt, und keine Rechtsvorschrift zur Verarbeitung verpflichtet (Artikel 21 DS-GVO).

7. Widerrufsrecht bei Einwilligungen

Die Übermittlung personenbezogener Daten für Zwecke der Werbung oder des Adresshandels ist nur zulässig, wenn die betroffene Person eingewilligt hat (Artikel 6 Absatz 1 lit. a DS-GVO). Die Einwilligung kann nach Artikel 7 Absatz 3 DS-GVO jederzeit gegenüber der Stelle widerrufen werden, gegenüber der die Einwilligung zuvor erteilt wurde.

8. Beschwerderecht

Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde:

**Landesbeauftragter für den Datenschutz und die Informationsfreiheit
Rheinland-Pfalz**

**Prof. Dr. Dieter Kugelmann
Hintere Bleiche 34, 55116 Mainz
Tel. 06131/208-2449**

**Webseite: <https://www.datenschutz.rlp.de/>
E-Mail: poststelle@datenschutz.rlp.de**

wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden.